

Milde Sorte

Nur verzagt fanden sich die Europäer bereit, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in ihre Resolution von Venedig aufzunehmen.

Als in der vorletzten Woche der FDP-Bundesvorstand über Krieg und Frieden im Nahen Osten diskutierte, meldete sich der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry zu Wort.

Es sei untragbar, wenn die Deutschen Resolutionen oder Kommuniqués unterschrieben, die nach einer Friedensordnung im Nahen Osten „unter Einbeziehung aller am Konflikt Beteilig-

Ein solches Limit, dozierte Schmidt im alten Benediktinerkloster auf der Insel San Giorgio, würde heilsamen Druck erzeugen, sich ernsthaft um eine Reform des Agrarmarktes zu bemühen.

Frankreich aber ist das überkommene Subventionsverfahren lieb und wert, solange die Deutschen und Briten für Milchseen und Fleischberge zahlen.

Mit seiner Rücksicht auf Giscard setzt Schmidt sich selbst unter Druck: Nach den französischen Präsidentschaftswahlen im April bleibt nicht mehr viel Zeit für eine gütliche Regelung. Denn im Juni nächsten Jahres muß der EG-Haushalt für 1981 endgültig verabschiedet werden. Wenn in diesem Zahlenwerk nicht bereits konkrete Reformschritte verwirklicht werden, sind die Brüsseler Eurokraten pleite.

Neben Zöllen und Agrarabschöpfungen hat die Europäische Gemeinschaft nämlich nur eine weitere Einnahmequelle: ein Prozent der Mehrwertsteuer ihrer Mitgliedsländer. Die der EG eingeräumte Marge aber wird nach Rechnung von Finanzminister Hans Matthöfer bereits im Haushalt 1980 fast völlig ausgeschöpft. Da die Kosten für die Landwirtschaft weiter steigen werden — in den Jahren von 1975 bis 1979 lag die Zuwachsrate bei durchschnittlich gut 20 Prozent —, ist schon jetzt sicher, daß der Obolus aus der Mehrwertsteuer 1981 nicht mehr reicht.

Der Anspruch der Bauern, ihre Produkte unabhängig vom Markt zum EG-Preis loszuwerden, richtet sich nicht nur gegen die Gemeinschaft, sondern auch gegen die einzelnen Mitgliedstaaten. In der Bundesrepublik muß die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung die teuren Überflußprodukte in jedem Fall ankau- fen.

Um aus dem Dilemma herauszukommen, gibt es nach Schmidts Ansicht nur einen Weg: Die Überschußproduktion muß abgebaut, das besonders für Frankreichs Nährstand ergiebige System der Garantiepreise abgeschafft werden — und wenn es Jahre dauert. Doch wie das im einzelnen aussehen soll, weiß keiner.

Den Landwirten, die unter diesen verschärften Wettbewerbsbedingungen in Not gerieten, könnte etwa durch direkte, nationale Einkommenszuschüsse wieder auf die Beine geholfen werden. Umweltschützer Erhard Eppler bewertete solche Hilfen vor dem SPD-Vorstand als Lohn für die „landschaftspflegerische Leistung des Bauern“. Und Manfred Lahnstein, Staatssekretär im Finanzministerium, kann sich in ferner Zukunft vom Staat besoldete Bauern vorstellen. „Die Förster“, so Lahnstein ironisch, „sind ja auch Beamte.“

Kanzler-Helfer haben sich noch etwas anderes einfallen lassen, um die Agrarsubventionen zu kappen. Nach

dem Vorbild der Förderung deutscher Kohle als nationale Energiereserve möchten sie öffentliche Gelder nur noch an solche Agrarbetriebe vergeben, die ihre Kühe oder Schweine mit einheimischem Futter fett machen. Schließlich, so ihr „strategischer Ansatz“ (ein Kanzler-Berater), seien nur solche Bauern bei internationalen Spannungen imstande, Nahrungsmittel für Europa zu produzieren.

Als erstes wollen sich die Bonner Regenten, die bislang alles, was mit Europa zusammenhängt, allzugern an die Technokraten in Bonn und Brüssel abgewimmelt haben, künftig wieder selbst um die EG kümmern.

Bundesverteidigungsminister Hans Apel, gelernter Ökonom und vor langen Jahren selbst als Euro-Funktionär tätig, setzte im Kabinett eine Entmachtung der Europa-Staatssekretäre in den

Politische Beschwichtigung im Jahre 1938 half Hitler,



zerstörte die Tschechoslowakei und führte zum II. Weltkrieg, zum Mord an sechs Millionen Juden, zu 50 Millionen Kriegsopfern.

Politische Beschwichtigung im Jahre 1980 würde der PLO helfen, drei Millionen Israelis tödlich gefährden, den III. Weltkrieg wahrscheinlich machen.

Wir unterstützen voll und ganz die Bemühungen der Völker der Europäischen Gemeinschaft auf, uns in unserem Ringen um Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde beizustreben!

Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Holocaust!

Wir wehren uns gegen die neue tödliche Bedrohung im Namen des israelischen Volkes und der Juden in aller Welt und rufen die freie Europa auf:

„Lad uns in diesem Gefährten nicht wieder alle!“

Albanië · Dornstein · Schwil · Burkman
 Odenwald · Havelberg · Wachenberg · St. Janssen
 *Kaufverpflichtung für den Kaufgegenstand: James Klossack Logo Berlin, 1980 Berlin 24, Vorlagerte Deutscher 16.“

Pro-Israel-Anzeige: Arafat neben Hitler

Bonner Ministerien durch. Seit der Kritik an der Verhandlungsführung von AA-Staatsminister Klaus von Dohnanyi beim Poker um die EG-Milliarden für England dürfen die Spitzenbeamten in Brüssel nur noch mit ausdrücklicher Vollmacht des Kabinetts Zusagen abgeben.

Zugleich verpflichtete sich Apel, für die SPD Reformvorschläge auszuarbeiten, die nach den Wahlen als Grundlage für Koalitionsverhandlungen mit der FDP dienen sollen.

Ob's noch was nützt, ob Europa eine Neuordnung des Agrarmarktes überhaupt übersteht, scheint indes auch den Bonner Planern zweifelhaft.

Schmidts Vertrauter Schüler hofft sogar auf den großen Knall. Vielleicht, so überlegt er, müsse das System erst einmal explodieren. Denn: „Europa ist durch Krisen noch immer stärker geworden.“

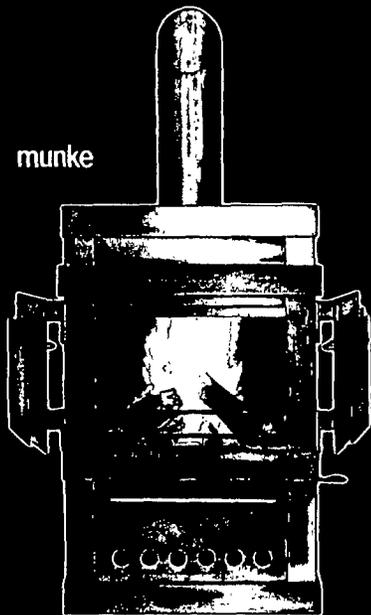
ten, einschließlich der PLO“, der Palästinensischen Befreiungsorganisation, verlangten, wie es in dem Diskussionspapier der liberalen Runde festgeschrieben sei.

Für ihn nämlich, so Karry, habe in der Politik gegenüber Israel dieselbe Grundlage zu gelten wie für die Ostverträge: Sie müsse getragen sein von der Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit und dem Ziel der Aussöhnung. Eine Aufwertung der PLO sei mit diesen Grundsätzen unvereinbar.

Parteichef Hans-Dietrich Genscher zeigte sich beeindruckt. Und als seine Staatssekretärin Hildegard Hamm-Brücher sich den Bedenken anschloß, mochte Genscher schon gar nicht mehr kämpfen. Eine Nahost-Lösung ohne die PLO, so erklärte er den beiden, halte er nicht gerade für machbar,

DAN-SKAN KAMINÖFEN

munke



„Nordische Gemütlichkeit“

- höchste Heizleistung durch Konvektion
- mit zwei Kochringen. Aschenkasten. Aschenklappe
- solides Schmiedehandwerk, funktionsgerechtes Design



DAN-SKAN PARTNER

ZENTRALE: DAN-SKAN HANNOVER

1000 BERLIN 65, Föhrer Str. 10, Tel. (030) 453 70 41

2090 WINSEN/HAMBURG, Rathausstr. 3D
Tel. (04171) 61500

2900 OLDENBURG, Ofener Str. 50 a, Tel. (0441) 756 75
Studios in: Aurich, Bremen, Emden, Leer,
Papenburg, Vechta, Wilhelmshafen

3000 HANNOVER 51, Burgwedeler Str. 8
Tel. (0511) 65 17 68 (64 80 48)
Studios in: Bergen, Githorn, Göttingen, Marburg,
Kassel

4400 MÜNSTER, Frauenstr. 33, Tel. (0251) 546 73

Studios in: Duisburg, Krefeld, Mülheim, Nordhorn
5500 TRIER, Saarstr. 6, Tel. (0651) 749 39
Studio in Saarbrücken

6380 Bad Homburg/FRANKFURT, Obergasse
Tel. (06172) 24890

7000 STUTTGART, Laustr. 3, Tel. (0711) 765 44 41
Schlaidorf, Nürtinger Str. 28,
Tel. (07127) 35272

7801 Stegen/FREIBURG, Flaunserstr. 5,
Tel. (07661) 6 11 88

**GESCHÄFTSPARTNER, AUCH
NEUGRÜNDUNG, GESUCHT!**

aber den umstrittenen Satz ließ er schnell streichen.

Der Bonner Außenminister gehorchte nicht nur der Stimme des Gewissens. Denn so ratlos und quer durch alle Fraktionen zerstritten die Deutschen über die Nahost-Probleme sind — unter politischen Druck gerieten sie vor dem EG-Gipfel allemal.

Den Anfang machte Jimmy Carter. Der amerikanische Präsident weiß nur zu gut, daß bei den Europäern die Skepsis über seine in Camp David besiegelten Bemühungen um einen Separat-Frieden zwischen Israel und Ägypten wächst. Statt des Dreier-Gesprächs zwischen Washington, Kairo und Jerusalem müßten, so die Europäer, alle betroffenen Parteien im Nahen Osten an der Suche nach einer Friedenslösung beteiligt werden.

Als die Frist für die ägyptisch-israelischen Gespräche, die den Palästinensern in Westjordanien beschränkte Autonomie verschaffen sollten, am 26. Mai ergebnislos verstrich, mußte Carter fürchten, jetzt würden die Europäer eine eigene Initiative starten und die Uno einschalten.

Grob verbat sich Carter jede Einmischung oder „Aktion“ und erklärte, das Camp-David-Abkommen und die UN-Resolution 242* seien so unantastbar wie die Bibel. Sollten die Europäer vor dem Uno-Sicherheitsrat in Sachen Nahost aktiv werden, so verhiß der Präsident — in der Uno-Geschichte bislang einzigartig — den Verbündeten, daß er sein Veto einlegen wolle.

Dann, wenige Tage später, zerrten die Israelis an den Nerven des stets auf Harmonie bedachten Genscher.

* Die Resolution fordert eine „gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems“, nicht jedoch das Recht auf Selbstbestimmung der Palästinenser.



Israels Außenminister Schamir
Das Wort Nahost-Initiative ...

So kurzfristig, daß ein Treffen nicht mehr zustande kommen konnte, meldete Israels Außenminister Jizchak Schamir auf seiner Europa-Reise bei Genscher Termin-Wünsche an — für das AA Hinweis auf einen Affront.

Kurz vor Genschers Abreise nach Venedig erhob dann eine Parlamentsdelegation aus Jerusalem beim AA-Chef bewegte Klage: Die israelischen Konzessionen im Friedensvertrag mit Ägypten würden nicht gewürdigt; eine EG-Resolution sei weder hilfreich, noch habe sie ohne vorherige Absprache mit den Israelis eine Chance.

Eine Aufwertung der PLO oder gar ein Palästinenserstaat, so der Tenor al-



... rutschte auf den Index: Israel-Parlamentarier, mit Bundespräsident Carstens

ler Klagen, auch vor Bundespräsident Karl Carstens, bringe der Region keinen Frieden und dem Westen nichts weiter als einen Stützpunkt der Sowjet-Union.

Letzten Mittwoch kam dann Druck von innen. Auf halbseitigen Anzeigen, die in überregionalen Tageszeitungen geschaltet waren, stellten vier Überlebende aus KZs das Bild des Israel-Feindes Jassir Arafat neben das von Adolf Hitler und warnten vor einer neuen „politischen Beschwichtigung“: Sie würde „drei Millionen Israelis tödlich gefährden“ und „den III. Weltkrieg wahrscheinlich machen“.

Zuvor schon hatte sich SPD-Fraktionschef Herbert Wehner an einer Hilfsaktion für die Israelis beteiligt. In einer Resolution an den US-Kongreß, die er gemeinsam mit Fraktionskollegen unterzeichnete, versicherte er, der mit „Camp David beschrittene Weg“ sei der „einzig realistische Schritt“ zur Aussöhnung.

Was gemeint war, erklärte letzten Freitag Mitunterzeichnerin Annemarie Renger. „Wir sollen helfen“, so die Bundestags-Vizepräsidentin, „aber nicht vorlaut sein, Auflagen machen, uns in den Vordergrund spielen.“ Im übrigen sprächen die Resolutions-Vorfasser für „wichtige Sozialdemokraten“ und „im Namen des überwiegenden Teils der Fraktion“.

Israelis und Herbert Wehner, Jimmy Carter und Annemarie Renger — nach derlei Interventions-Vielfalt vergaß Außenminister Genscher, was er im März noch zum Thema politische Presionen verkündet hatte: „Israel wird in diesem Jahr noch stark unter Druck kommen.“ Im AA rutschte das Wort „Nahost-Initiative“ auf den Index, statt dessen wird nur noch von „Positionsbestimmungen“ geredet. Und Amtsvorsteher Genscher behauptet inzwischen gar, ein Vorstoß in der Uno „war nie unsere Absicht“.

Dabei geht aus AA-Papieren zur „Lage im Nahen Osten“ klar hervor, wie skeptisch die Bonner die US-Linie einschätzen: „Ohne Selbstbestimmung“, heißt es darin, „besteht nach Lage der Dinge keine Aussicht, daß die Camp-David-Verträge in der arabischen Welt mehrheitsfähig werden.“ Außerdem wird aus den Papieren ersichtlich, daß Genscher „eine neue Resolution, die 242 nicht verändert, sondern . . . darauf aufbauend die Rechte des palästinensischen Volkes, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht, verankert“ für „prüfenswert“ hält.

Jetzt aber, nach dem Ärger von allen Seiten, gerann der forsche Vorsatz nur noch zum guten Willen, niemanden zu verprellen. So groß wurden Bonner Schuldgefühle gegenüber Amerikanern und Israelis, daß noch jede Erklärung

Kiel

»Hier stimmt alles!«



**International bekannt:
Kieler Woche
International gefragt:
Spitzenerzeugnisse aus Kiel**

Seit Jahrzehnten zieht die Kieler Woche alljährlich die Bürger der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt und Tausende von Gästen aus aller Welt immer wieder in ihren Bann. Dann bildet Kiel das Mekka der Segler aller Nationen. Die Siege auf den olympischen Regattafeldern müssen heiß erkämpft werden. Aber nicht nur der Segelsport an sich macht den Reiz der Kieler Woche aus. Immer mehr nimmt sie den Charakter eines großen Volksfestes an. Ausstellungen, Theatergastspiele, Kiel-Linie — der Riesenspielplatz für die Jüngsten —, politische Debatten und Tagungen, Kongresse und natürlich auch der fröhliche Holstenbummel, der die Nacht zum Tage macht, gehören dazu. Ein ganzes Angebotspaket an Lebensfreude. Alles das zusammengenommen hat die Kieler Woche international bekannt gemacht.

Doch das ist nur die eine internationale Seite Kiels. Die andere bildet das Alltägliche. Die Produktivität einer Stadt, die in einer der schönsten Gegenden Deutschlands liegt. Eine Produktivität, die dazu verholfen hat, auch Kiels Industrieerzeugnissen einen weltweit guten Ruf zu verschaffen.

Ein Ruf, der immer wieder Bestätigung findet. Sie können daran partizipieren. Ein vollerschlossenes Industrie-Areal — auch für genehmigungsbedürftige Anlagen —, verschiedene Grundstücksgrößen und die erforderlichen Fachkräfte stehen bereit.

Dazu eine öffentliche Förderung, die Kiel als einzige Landeshauptstadt der Bundesrepublik bietet: Bis zu 25% der Investitionen durch Zulagen und Zuschüsse. Hinzu kommen die möglichen Sonderabschreibungen im Rahmen des Zonenrandförderungsgesetzes. Hier stimmt einfach alles. Wir geben Ihnen jederzeit die erforderlichen Auskünfte. Umfassend, schnell, unverbindlich für Sie.



**Landeshauptstadt
Kiel**

Landeshauptstadt Kiel
Amt für Wirtschafts- und Verkehrsförderung
Rathaus, 2300 Kiel 1
Tel. 0431/901-2342/2340/2344/2347
Telex 299897 skiel

herhalten mußte, um die Resolutions-Absicht überhaupt zu rechtfertigen.

Carter, so heißt es im AA, müsse schließlich an seine jüdischen Wähler denken. Selbst die Ägypter hätten darum gebeten, daß Europa nicht auf eigene Erklärungen verzichte. Und käme keine Resolution zustande, so ein AA-Beamter, erwecke das den „Eindruck der Unterwerfung“ unter amerikanischen Willen.

Nach langen Vorarbeiten, Abschwächungen und Ergänzungen entstand in Venedig ein Drei-Seiten-Papier, das eben diesen Eindruck erweckt.

Zwar ist vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser die Rede, wird erstmals in einer EG-Resolution die PLO überhaupt erwähnt. Aber um eindeutige Aussagen drücken sich die Neun. In der offiziellen englischen Version spricht das Dokument lediglich von einer „association“ der PLO an den Friedensprozeß und nicht, wie von den Franzosen gefordert, von „participation“. Staatssekretär Klaus Bölling: „Milde Sorte.“

Den Arabern jedenfalls erscheint die Sorte allzu mild. Letzte Woche berichtete PLO-Vertreter Abdallah Al-Frangi, seine Organisation sei nach den neuen israelischen Anschlägen entschlossen, einen radikalen Kurs einzuschlagen. Und die Resolution entsprach nicht ihren Erwartungen. Frangi: „Wir sind enttäuscht, jetzt wird es zu einer harten Konfrontation kommen.“

AUSSPERRUNG

Voller Tücken

Mit seinem Urteil über die Zulässigkeit von Aussperrungen hat das Bundesarbeitsgericht alle Parteien enttäuscht.

Als nach zweieinhalbjährigem Prozessieren durch alle Instanzen die Entscheidung fiel, war keiner der Kontrahenten so recht zufrieden.

„Halbherzig“ nannte Metallarbeiterchef Eugen Loderer das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes über die Aussperrung. Auch die Arbeitgeber von Gesamtmetall sind über die Entscheidung „nicht glücklich“.

Detlef Hensche, Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier, einer der streitenden Parteien, entdeckte „Widersprüche in der Begründung“ des Urteils. Und für Gerold Mack, Vorstandsmitglied des Bundesverbands Druck, ist manches so „unverständlich“, daß die Druckereibesitzer derzeit prüfen, ob sie das Urteil vor dem Bundesverfassungsgericht anfechten sollen.

Die Urteilsschelte wird die Kasseler Richter kaum überrascht haben. Sie wußten, daß es eine undankbare Aufgabe war: Sie hatten eine politische Entscheidung darüber zu treffen, ob

Arbeitgeber begrenzte Streiks mit Aussperrung beantworten dürfen.

Sie haben sich, meint Gesamtmetall-Sprecher Werner Riek, „aus der Affäre gezogen“. Das allerdings gelang ihnen ganz passabel: Aussperrung ja, aber bitte nicht so grob.

Der Rechtsstreit begann 1978, als die IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden 80 000 Beschäftigte streiken ließ. Daraufhin sperrten die Unternehmer 120 000 Werkstätige aus. Der Schlag saß.

Die IG Metall hatte 200 000 statt 80 000 Mitglieder zu unterstützen, und das wurde teuer. Der Konflikt kostete die Gewerkschaft fast die Hälfte der gesamten Jahreseinnahmen, rund 130 Millionen Mark.

Noch schlimmer traf es im gleichen Jahr die Drucker. Als sie in wenigen

einklagen, in der sie nicht arbeiten durften.

Mit der großflächigen Aussperrung, so argumentierten die Gewerkschaften, verfolgten die Unternehmer nur ein Ziel: dank ihrer finanziellen Übermacht jeden Arbeitskampf so kostspielig zu gestalten, daß den Gewerkschaften die Puste ausgeht — das sei unmoralisch und höhle das verfassungsmäßig garantierte Streikrecht aus.

Zwar wird in keinem anderen Land so wenig gestreikt und so viel ausgesperrt wie in der Bundesrepublik. Doch auf die Aussperrung als Mittel der Notwehr, meinen die deutschen Arbeitgeber, möchten sie nicht verzichten.

Schließlich hätten die Gewerkschaften eine Strategie entwickelt, die mit geringen Kosten hohen Schaden anrichtet: „Schwerpunktstreiks“ in weni-



Arbeitskampf in der Druckindustrie 1978: Unangemessen hart

ausgewählten Großbetrieben die Rotationen stilllegten, schickten überall im Bundesgebiet die Druckereien ihre Belegschaften nach Hause. Zu den 2200 Streikenden gesellten sich 32 000 Ausgesperrte, von denen alle Gewerkschaftsmitglieder Unterstützung aus der Streik-Kasse bezogen.

Mit solchen Methoden, empörten sich die Metall- und die Druck-Gewerkschaft, würden sie finanziell ausgeblutet; sie müßten sich so dem Diktat der Arbeitgeber beugen. Ohne das Druckmittel des Streiks aber könne von Tarifautonomie nicht mehr die Rede sein. Die Aussperrung, folgerten Gewerkschaftsjuristen, sei daher rechtswidrig und generell zu verbieten.

Und beide Gewerkschaftszentralen schickten die ausgesperrten Kollegen scharenweise zu den Arbeitsgerichten. Dort sollten sie ihren Lohn für die Zeit

gen Betrieben könnten einen ganzen Industriezweig lahmlegen.

Wenn die IG Metall beispielsweise die Stuttgarter Firma Mahle lange genug bestreikt, wird in weiten Bereichen der Autoindustrie die Produktion lahmgelegt, weil Kolben und Zylinder fehlen. Gegen eine derartige Taktik, so die Arbeitgeber, helfe eben nur die Aussperrung. Sonst könnten Gewerkschaften mit einem Minimum an Streikgeldern Unternehmer zum Einlenken pressen.

Das leuchtete offenbar den Kasseler Richtern ebenso ein wie die Argumentation der Gegenseite. Ein Jesuit half den Juristen schließlich aus dem Dilemma, sich sowohl für als auch gegen die Aussperrung zu entscheiden.

Zum Jahresanfang hatte sich nämlich Oswald von Nell-Breuning, der Nestor der katholischen Soziallehre, in der